

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe Nr. 9/2011

Der Bundesvorsitzende hat das Wort:

CGB:

Dem Alter Zukunft verschaffen!

Vor mehr als zehn Jahren hat die rot-grüne Bundesregierung den alten Mechanismus außer Kraft gesetzt, nach dem die Renten genauso stark steigen, wie die Einkommen der Erwerbstätigen.

Es war eine der weitreichendsten Entscheidungen der Schröder-Jahre. Um das kollabierende System zu retten, nahm die damalige Bundesregierung Rentner, Beschäftigte und die Politik gleichermaßen in die Pflicht.



Matthias Strebl

Matthias Strebl
Bundesvorsitzender

Rund 20 Millionen Ruheständler müssen sich seitdem mit einem bescheideneren Anstieg ihrer Bezüge begnügen, alle anderen werden vom Staat mithilfe von milliardenschweren Zuschüssen sanft dazu gezwungen, auch privat vorzusorgen.

Daher stellt sich die Frage nicht nur an uns Gewerkschaft, sondern besonders an die Politik, darf es sein, dass der, der ein Berufsleben lang durchschnittlich verdient hat, auf weniger als die Hälfte eines durchschnittlichen Lohnes oder Gehaltes sinkt?

Aber nichts ist alternativlos, um das Sinken der Kaufkraft für die Rentner zu stoppen und die steigende Zahl der Altersarmut zu verhindern. Die wachsende Zahl von Geringverdienern und Menschen, die sich in unstillen Erwerbsbiografien von Job zu Job hangeln, stellt die Politik und uns Arbeitnehmervertreter zusätzlich vor Probleme.

Dieser Prozess ist politisch gewollt, auf Jahrzehnte angelegt und, wie es neuerdings so schön heißt, alternativlos.

Sozialministerin Ursula von der Leyen muss bei der geplanten Rentenreform daher ein Verfahren finden, das die Bezieher kleiner Renten vor dem tiefen Sturz in die sogenannte Grundsicherung bewahrt, also auf das Niveau von Hartz IV. Gleichzeitig darf diese Reform nicht zulasten der Versicherten gehen, die lange in die Rentenkassen einbezahlt haben. Daher sollte ernsthaft über eine neue Rentenformel nachgedacht werden, die die Rentner vor Inflationsverlust schützt.

Um wegen der demografischen Entwicklung – immer mehr Rentner zum Verhältnis immer weniger Neugeborene, welche die künftigen Beitragszahler in die Rentenversicherung sind – sollte der Kreis der Beitragszahler erweitert werden. Wer jetzt mutlose Reformen – Halbwertzeit ein paar Jahre – macht, der wird bei den Wahlen mächtig abgestraft werden.

Reformen müssen im Rahmen einer Gesamtkonzeption das Vertrauen der Rentner sowie der Versicherten in die gesetzliche Rentenversicherung nicht nur erneuern, sondern für die Zukunft festlegen.

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Christian Hertzog, Anne Kiesow

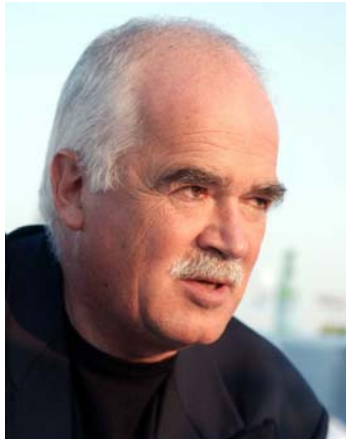
Layout: Anja Kracht

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.

GASTBEITRAG

„Von der Europäische Union zu Schulden Union“

Gleich ob und wie die Griechenland-Krise gelöst werden kann - durch neue Hilfen, durch sanfte Umschuldung, durch Schuldenschnitt oder Austritt aus der Währungsunion -, eines ist sicher. Die ursprüngliche Wirtschafts- und Währungsunion ist zusammengebrochen. Unter dem Druck der Finanzkrise haben alle ihre von Anfang an bestehenden, grundsätzlichen Defizite eine dramatische Dynamik entwickelt. Nur durch den Einsatz gewaltiger Mittel und durch den Verstoß gegen sämtliche Prinzipien der ursprünglichen Konzeption, kann die Insolvenz von Mitgliedsstaaten und letztlich ein Zusammenbrechen der EU verhindert werden.



Dr. Peter Gauweiler

Der Wunsch nach einer gemeinsamen europäischen Währung hatte seinen Ursprung in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, insbesondere in Frankreich und Italien. Diese Länder litten traditionell unter einem höheren Inflationstrend als Deutschland und die Niederlande, dementsprechend unter einem höheren Zinsniveau, einem ständigen Abwertungsdruck und wiederkehrenden Währungskrisen.

Auf französisches Drängen untersuchte Ende der 80er Jahre die sogenannte Delors-Kommission die Möglichkeiten einer gemeinsamen europäischen Währung. Die Kommission betonte den engen Zusammenhang zwischen einer abgestimmten Wirtschafts- und Finanzpolitik einerseits und der Überlebensfähigkeit einer gemeinsamen Währung andererseits: Eine Einheitswährung nicht ohne politische Einheit. Weltweit sind Währungsräume und Staatsgebiete durchweg identisch. Auch die 1990 ins Werk gesetzte deutsch-deutsche Währungsunion funktionierte nur, weil die staatliche Einheit unmittelbar folgte und weil jährliche Transfers von West

nach Ost flossen und fließen. Vor dem Fall der Mauer herrschte in Deutschland Einigkeit, dass eine gemeinsame Währung einen europäischen Bundesstaat voraussetzt. Diesen Weg aber wollten die Franzosen und Briten nicht gehen. Da eine Einigung über den europäischen Bundesstaat nicht herzustellen war, hätte es auch keine gemeinsame Währung gegeben.

Der Fall der Mauer änderte alles. Historiker werden nie klären können, ob die Zustimmung Frankreichs zur Deutschen Einheit auf eine Zustimmung Deutschlands zur Währungsunion antwortete. Auf jeden Fall erließ Deutschland in den Verhandlungen zum Maastricht-Vertrag die Forderung nach einem europäischen Bundesstaat als Voraussetzung der gemeinsamen Währung: Das Ende der D-Mark als Kompensation für die Wiedervereinigung und als Garantie für die Einbindung des wiedervereinigten, wiedererstarkten Deutschlands in das westliche freie Europa.

Zur Beruhigung der deutschen Wähler sollte die europäische Währung wenigstens eine ähnliche Solidität und Stabilität wie die D-Mark haben. In den Maastricht-Vertrag wurden deshalb Bestimmungen eingebaut, welche die Stabilität der gemeinsamen Währung auch ohne gemeinsames staatliches Dach sichern sollten: Die Pflicht zur Vermeidung übermäßiger Haushaltsdefizite, ergänzt durch den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, der die sogenannten Maastricht-Kriterien einschloss. Zum Ausschluss gegenseitiger Haftung für staatliche Verbindlichkeiten die sogenannte No-Bail-Out-Klausel. Das Verbot der Staatsfinanzierung durch das EZB analog zum Verbot der Staatsfinanzierung durch die vorrangige Verpflichtung des EZB auf das Ziel der Inflationsbekämpfung analog zum Bundesbankgesetz. Die Sicherung der Unabhängigkeit der Mitglieder des EZB-Direktoriums.

Die gesamte Propaganda der Bundesregierung zur gemeinsamen Währung von 1991 bis 1998 zielte darauf ab, eine skeptische Öffentlichkeit und ein noch skeptischeres Fachpublikum davon zu überzeugen, dass diese Bestimmungen angemessen und ausreichend seien, um die Stabilität der gemeinsamen Währung dauerhaft zu sichern. Mit dem De-facto-Bankrott von Griechenland ist jedoch der grundlegende Widerspruch des Euro endgültig aufgebrochen, der eine Einheit der Währung erzwingen sollte, wo es keine Einheit der Wirtschaft und der Politik gab. Die europäische Wirtschaft ist dermaßen heterogen, dass es nie die Klammer einer gemeinsamen Währung hätte geben dürfen. Das wirtschaftspolitische Korrektiv, das wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen verschiedenen Währungsräumen abfedert, sind flexible Wechselkurse. In einer Währungsunion fehlt dieser Ausgleich, und die Wettbewerbsfähigkeit der weniger produktiven Länder sinkt.

Die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen europäischen Länder wurde durch die gemeinsame Währung perpetuiert und schonungslos offengelegt. Schon vor und erst recht in der Finanzkrise wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt zunehmend missachtet und ausgehöhlt. Mit der Hilfe für Griechenland und dann mit dem großen Risikoschild

wurde ein Weg beschritten, der am Ende in die gesamtschuldnerische Haftung der Mitglieder der Währungsunion für alle staatlichen Verbindlichkeiten führt. Das Verbot der monetären Staatsfinanzierung durch die Notenbank wurde umgangen, indem die EZB in großem Umfang auf dem Kapitalmarkt Anleihen von Griechenland, Portugal und Irland gekauft hat. Am Ende sind sämtliche Säulen gebrochen, auf denen die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion geruht hatte:

Der Stabilitätspakt mit seinen Schuldengrenzen, der Haftungsausschluss der Euro-Länder untereinander und die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Der umstrittene Maastricht-Vertrag hatte von Anfang an den Kern seines Scheiterns in sich getragen. Die Maßnahmen, welche die Krise des Euro bewältigen sollen, haben diesen Vertrag gebrochen. Hilfe durch Vertragsbruch: Nichts kann deutlicher das Scheitern von Maastricht dokumentieren.

Die wirtschaftlichen Unterschiede und die geringere Wettbewerbsfähigkeit eines Teils der Euro-Länder wie Griechenland und Portugal sind für den gemeinsamen Währungsraum von großer Sprengkraft und für die betroffenen Mitgliedsländer von größter Dramatik: Wie sollen sie ihre gigantischen Schuldenberge abbauen, zugleich die notwendigen Reformen durchführen und wettbewerbsfähige Wirtschafts- und Staatssysteme entwickeln, den Markt für private Investoren öffnen und unternehmerische Initiative fördern und zugleich die Lasten für die Bevölkerung noch erträglich halten, um soziale und politische Eruptionen zu verhindern? Die Strategie jedenfalls, durch weitere Kredite die notleidende Volkswirtschaft insbesondere Griechenlands wettbewerbsfähiger zu machen, muss auf Dauer scheitern.

Als der erste Rettungsschirm für die Griechen beschlossen wurde, wurde das als einmalige außergewöhnliche Hilfe, vergleichbar der Hilfe bei einer Naturkatastrophe, dargestellt. Schon damals war zu befürchten, dass aus dieser Hilfe eine Dauersubvention, ein echter Transfer, werden würde. Inzwischen haben sich die Sorgen als berechtigt erwiesen. Die Europäische Union als Transfergemeinschaft über den Agrarmarkt und den Strukturfonds hinaus aber ist zum Scheitern verurteilt. Was im deutschen Länderfinanzausgleich kaum, im Ausgleich zwischen Norditalien und Süditalien seit nun 150 Jahren nicht gelingt, ist auf europäischer Ebene unmöglich. Sowohl der wissenschaftliche Beirat des deutschen Wirtschaftsministeriums wie des deutschen Finanzministeriums haben erklärt, dass man um eine Umschuldung langfristig nicht herumkommen wird. Wenn wir die Europäische Union weiterhin als eine Union der Vaterländer wollen, müssen die einzelnen Mitgliedsländer - bei aller Solidarität, die sie von den anderen Mitgliedsländern erwarten dürfen - in erster Linie selbst Verantwortung für ihr Land tragen können und müssen. Die EU als graue Schuldenunion, in der intransparente, nicht demokratisch legitimierte Zentralinstanzen in Ge-

heimdiplomatie an den nationalen Parlamenten vorbei Transfergeldströme verteilen, ist nicht das Europa der Vielfalt und Freiheit, das wir uns wünschen.

Bei der mündlichen Verhandlung am 05. Juli 2011 zu meiner Klage vor dem bundesverfassungsschirm gegen den Europäischen Stabilisierungsmechanismus ist das Gericht mit großer Sorgfalt allen vorgetragenen Argumenten nachgegangen, insbesondere auch der offensichtlichen Verletzung der Schuldenbremse des Grundgesetzes. Ich bin mir sicher, dass das Bundesverfassungsgericht jetzt ziemlich schnell Klarheit schafft. Wie es entscheidet, bleibt aber abzuwarten. Wenn es der Klage stattgibt, dann wäre letztlich auch dem EU-Recht wieder zur Geltung verholfen. Schließlich sind in den Lissabon-Verträgen fortgesetzte Verletzungen der Stabilitätskriterien ebenso untersagt wie ein „Herauskaufen“ von Schuldenstaaten zulasten der europäischen Steuerzahler.

Dr. Peter Gauweiler, MdB, Vorsitzender des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

* * * *

GEWERKSCHAFTSNACHRICHTEN

Kampf gegen die Altersarmut

CGM fordert mehr Engagement gegen zunehmend prekäre Rentensituationen



Die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) appelliert an die Bundesregierung, den Kampf gegen zunehmende Altersarmut aufzunehmen. „Immer mehr Rentnerinnen und Rentner arbeiten bis ins hohe Alter oder beantragen zusätzlich Grundsicherung. Es muss etwas unternommen werden, damit die Schere zwischen Einkommen und Renten nicht immer weiter auseinandergeht“, fordert der CGM-Bundesvorsitzende Adalbert Ewen.

Knapp 18 Mio. Menschen in Deutschland beziehen derzeit eine Altersrente. Dabei nimmt die Zahl der Rentner, die einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, seit Jahren zu. 2010 gingen rund 660.000 Menschen im Alter zwischen 65 und 74 Jahren einer geringfügigen Beschäftigung oder einem Minijob nach, 244.000 mehr als im Jahr 2000. Innerhalb weniger Jahre hat sie sich die Zahl damit um fast 60 Prozent gesteigert. „Bei der Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner wird dieser Zuverdienst sehr wahrscheinlich deshalb gesucht, weil das vorhandene Einkommen zum Lebensunterhalt nicht ausreicht“, mutmaßt der CGM-Bundesvorsitzende. Auch die Zahl

von Rentnern, die zusätzlich zu ihrer Rente staatliche Grundsicherung beantragen, hat zugenommen. Im Jahr 2003 haben 258.000 Personen Grundsicherung beantragt, 2009 bereits 400.000. Insbesondere Frauen können oft nicht von ihrer Rente leben. „Wir müssen dringend in einen gesellschaftlichen Dialog treten, wie Altersarmut vermieden werden kann“, fordert Ewen. Vor allem die Frage nach Einführung einer Mindestrente bzw. einer Rente nach Mindesteinkommen dürfe kein Tabu sein. Aber auch die zweite und dritte Säule der Alterssicherung – Betriebsrente und Privatvorsorge – müssen in die Diskussion einbezogen werden. Da die CGM wissen möchte, wie in der Bevölkerung über das Thema gedacht wird, startet sie in der nächsten Woche eine Umfrage auf ihrer Homepage. Das Ergebnis soll dann in einen internen Meinungsfindungsprozess fließen. „Schon jetzt steht fest, dass etwas getan werden muss. Die seit langem geplante Absenkung des Rentenniveaus darf auf keinen Fall zu mehr Altersarmut führen“, so Ewen abschließend.

CGM Stuttgart, PM vom 01.09.2011

* * * *

TNT Post schließt Ridas



Enttäuscht ist die CGPT über die Schließung des TNT-Zustelldienstes RIDAS in Rostock.

„Auch wenn der harte Wettbewerb unter den alternativen Zustellfirmen in Mecklenburg-Vorpommern die TNT Post zu diesem Schritt gezwungen haben mag, kann man nur ärgerlich und enttäuscht sein“, so der CGPT-Bundesvorsitzende Ulrich Bösl.

Bösl und die CGPT sind der Auffassung, dass mit Gewinnen aus anderen Bereichen der Standort Rostock hätte gestützt werden können. „Verlierer sind die Frauen und Männer, die bei Ridas und für die TNT Post gearbeitet und nun ihre berufliche Perspektive verloren haben. Verlierer ist damit aber auch die strukturschwache Region und der liberalisierte Postmarkt. „Die Liberalisierung ist hier wohl gescheitert“, so CGPT-Chef Ulrich Bösl, „denn immer mehr Unternehmen ziehen sich vom Markt zurück. Der Wettbewerb findet auf Kosten sozialer Besitzstände statt.“

Die CGPT fordert erneut alle Arbeitgeberverbände und alle Gewerkschaften aus dem Postbereich auf, an einem Tisch nach Wegen für einen sozialen und gerechten Postmarkt zu suchen.

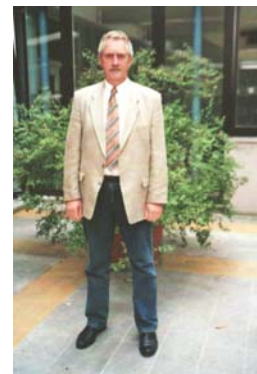
CGPT-Bonn, PM 31.08.2011

* * * *

Rudolf Bruns neuer Bundesvorsitzenden der CGDE



Auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag in Würzburg wurde der Vorsitzende des Landesverbandes der CGDE Nordrhein-Westfalen, **Rudolf Bruns** (Teltge), zum Bundesvorsitzenden der Christlichen Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner gewählt. Der Bundesvorstand hatte Bruns bereits am 5.5.2011 zum geschäftsführenden Bundesvorsitzenden gewählt. Dies wurde vom Gewerkschaftstag einstimmig bestätigt. Rudolf Bruns ist damit Nachfolger des plötzlich und unerwartend verstorbenen Kollegen Jürgen Ambrosius. Der neue Vorsitzende der CGDE rief die Mitglieder der Christlichen Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner auf zusammenzustehen und zusammenzuhalten, wobei die Gewerkschaftsarbeit künftig auf mehrere Schultern verteilt werden muss.



Rudolf Bruns

Der Gewerkschaftstag gedachte nochmals ehrend seines verstorbenen Bundesvorsitzenden **Jürgen Ambrosius**. Die Verkehrspolitik und die Arbeit der CGDE wurden diskutiert. Es wurde sehr begrüßt, dass es bei der Bahn AG wieder wirtschaftlich aufwärts geht. Die Verspätungen der Züge gehen zurück und auch die Probleme mit dem rollenden Material, z.B. den Klimaanlageanlagen der ICE's, treten bis auf wenige Einzelfälle nicht mehr auf. Dies ist auch ein Verdienst der beteiligten Eisenbahnerinnen und Eisenbahner. Die CGDE will ihre Präsenz besser regional aufteilen und verstärkt die Mitglieder des Bundesvorstandes an der Arbeit vor Ort beteiligen. Mittelpunkt und Schwerpunkt soll jedoch die Bundesgeschäftsstelle der CGDE in Saarbrücken, zu deren Leiter **Franz Josef Engstler** und zu seinem Stellvertreter mit dem Schwerpunkt Saarland **Adolf Loch** vom Gewerkschaftstag berufen wurden, bleiben.

Die CGDE dankte besonders ihrem Kooperationspartner CGM für die stets gute Zusammenarbeit und Unterstützung. Mit der CGM und auch den anderen C-Gewerkschaften - GÖD, DHV und CGPT- soll über eine künftig engere Zusammenarbeit gesprochen werden. Rudolf Bruns bedankte sich bei den Teilnehmern für die rege und konstruktive Mitarbeit bei der Tagung. Er rief dazu auf, dass alle Mitglieder, ob jünger oder älter, sich verstärkt für die CGDE einsetzen müssten.

Adolf Herget